

Protokoll Nr. 38 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 02.05.2019 in der Aula der Grundschule an der Freiligrathstraße

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:30 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat | Maike Baasen
Hela Dumas
York Golinski
Dietrich Heck
Oliver Piepho
Dr. Wolfgang Schober
Dr. Hans-Peter Volkmann | Shantha Chaudhuri
Gudrun Eickelberg
Almut Haker
Stefan Pastoor
Barbara Schneider
Maximilian Thieme
Bernd Wundersee |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |
| c) Gast | Dieter Vogt (Kleingartenverein (KGV) Schwachhausen e.V.) | |

Zunächst begrüßt Frau Dr. Mathes Herrn Piepho als neues Beiratsmitglied.

Anschließend weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass nach Versand der Tagesordnung von der Fraktion Die Grünen ein weiterer Antrag eingegangen sei, den sie bitte, unter TOP 7 zu behandeln. Darüber hinaus sei in Zusammenhang mit TOP 3 ein Bürgerantrag eingegangen, der auch dort behandelt werden solle.

Der Beirat nimmt Kenntnis und stimmt der Tagesordnung wie vorgelegt zu.

Das Protokoll Nr. 37 der Beiratssitzung am 28.03.2019 wird ebenfalls genehmigt.

Auf Nachfrage von Herrn Pastoor sichert Frau Dr. Mathes zu, dass der in der Beiratssitzung am 28.02.2019 gefasste Beschluss „Durchführung eines Modellversuchs“ den Beiratsmitgliedern nochmals zugesandt wird.¹

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Schneider weist darauf hin, dass die Beirätekonferenz am 13.05.2019, 17 Uhr, zu ihrer letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode zusammenkommen werde. Behandelt würden u.a. die von den Beiräten beschlossenen Haushaltsanträge.

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Eine Vertreterin der Baugemeinschaft, die sich 2017 erfolgreich auf einen Teil des von der Stadt Bremen veräußerten Grundstücks Schwachhauser Heerstraße 235 beworben hatte, verliert in deren Namen eine Stellungnahme.² Sie weist darauf hin, dass mit dem Investor Helken Planungs-

¹ Näheres zum Sachverhalt „Konsequenzen aus dem Gutachten zur Parksituation in einem Schwachhauser Quartier“ finden sich im [Protokoll Nr. 36](#) der Beiratssitzung am 28.02.2019 unter TOP 2.

² Näheres zu dem für dieses Areal aufgestellten Bebauungsplan 2391 findet sich unter https://www.bauleitplan.bremen.de/-bplan/bp_02391.pdf?submit=Plan und https://www.bauleitplan.bremen.de/begr/begr_02391.pdf?submit=Begr%FCndung. Im Aufstellungsverfahren zu diesem Bebauungsplan fand eine Einwohnerversammlung statt; Näheres hierzu findet sich auf der Homepage des Ortsamtes unter https://www.bauleitplan.bremen.de/begr/begr_02391.pdf?submit=Begr%FCndung. Der Beirat befasste sich in seinen Sitzungen am 22.07.2015, 23.02.2017 und 26.04.2018 mit dem städtebaulichen Wettbewerb für dieses Areal, dem Bebauungsplan und der Erschließungsstraße; siehe unter [Protokoll Nr. 3](#) (TOP 1) und den Anlagen [Präsentation zum städtebaulichen Wettbewerb für das Bebauungsplangebiet an der Schwachhauser Heerstraße](#), [Präsentation zur geplanten Bebauung](#) und [Präsentation zum Entwurf eines Bebauungsplans](#); [Protokoll Nr. 18](#) (TOP 2) und Anlage [Präsentation B-Plan 2391](#); [Protokoll Nr. 30](#) (TOP 3) und die Anlagen [Erschließung Wohnpark Schwachhauser Heerstraße Lageplan](#) und [Erschließung Wohnpark Schwachhauser Heerstraße Erläuterungsbericht](#).

und Immobilien GmbH + Co KG (HPI) zwar bis Ende 2018 ein unterschriftsreifer Kaufvertrag erreicht worden sei, bei dem die Baugemeinschaft viele Zugeständnisse gemacht habe, der aber bislang vom Investor nicht unterschrieben worden sei. Die Baugemeinschaft habe den Eindruck, dass HPI im Grunde nicht verkaufen wolle und die Baugemeinschaft hinhalte. Die Baugemeinschaft habe aber inzwischen etwa € 300.000 an Beratungs- und Planungskosten aufgewendet und sei darauf angewiesen, dass der Kauf zustande komme.

Frau Schneider begrüßt, dass die Baugemeinschaft die Problematik öffentlich mache. Sie sei verärgert über den Investor, offenbar sei es für ihn lukrativer, das Grundstück selbst zu vermarkten. Sie sehe jedoch nicht, dass der Beirat viele Möglichkeiten habe, Einfluss zu nehmen, auch sei der Vertrag, den die Stadt Bremen mit HPI geschlossen habe, dem Beirat nicht bekannt. Herr Dr. Volkmann zeigt Verständnis für den Unmut der Baugemeinschaft, sieht aber im Wesentlichen eine juristische Problematik, die der Beirat im Augenblick nicht in Gänze überschauen könne. Er pflichtet Frau Schneider bei, dass in diesem Fall die Möglichkeiten des Beirats begrenzt seien.

Auf Vorschlag von Frau Dr. Mathes beschließt der Beirat einstimmig, den Investor HPI aufzufordern, den Kaufvertrag unverzüglich abzuschließen.

Darüber hinaus beschließt der Beirat auf Vorschlag von Herrn Heck ebenfalls einstimmig, die Senatorin für Finanzen (SF) aufzufordern, gegenüber Immobilien Bremen (IB) darauf zu drängen, dass HPI den mit der Stadt geschlossenen Kaufvertrag einhalte, der ihn zum Verkauf an die Baugemeinschaft verpflichte.

Ein Anwohner aus der Wachmannstraße beschwert sich über die vor Hausnummer 101 eingerichtete Stromtankstelle. Sie entspreche nicht den bundesweiten Kriterien und gefährde insbesondere den dort verstärkt auftretenden Radverkehr.

Frau Dr. Mathes erwidert, dass der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ die Einrichtung dieser Stromtankstelle auf einem vorhandenen öffentlichen Pkw-Stellplatz einstimmig beschlossen habe; sie werde im Stadtteil dringend gebraucht. Es habe jedoch lange gedauert, bis nach Einrichtung der Tankstelle eine entsprechende Beschilderung angebracht worden sei. Auch werde dort widerrechtlich von Benzin-Fahrzeugen geparkt; diesen Missstand habe das Ortsamt an die Verkehrsüberwachung weitergeleitet.

Herr Pastoor unterstreicht, dass der Beirat die Einrichtung von Stromtankstellen aktiv betreibe und deshalb auch an die swb AG herangetreten sei. Auch das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) habe sich mit diesem Standort einverstanden erklärt.

Frau Dr. Mathes gibt abschließend zu verstehen, dass sich das Ortsamt zusammen mit dem örtlichen Polizeirevier die Örtlichkeit nochmals anschauen werde.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt Folgendes mit:

- Für die Stadtteile Vahr und Schwachhausen sei ein neuer Faltplan erschienen;³
- die swb AG werde im Mai zur weiteren Klärung des Trassenverlaufs für die geplante Fernwärmeleitung vom Müllheizkraftwerk zum Heizwerk in der Vahr in der H.-H.-Meier-Allee und am Schwachhauser Ring die Bodenverhältnisse sondieren lassen;⁴
- die Polizei Bremen habe zum 01.04.2019 die Leitungsstelle „Einsatz“ des Polizeikommissariats Ost I mit Matthias Riechmann besetzt.

Anschließend stellt sich Herr Riechmann kurz vor und teilt mit, dass das Polizeikommissariat Ost I für die Stadtteile Schwachhausen, Vahr, Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld zuständig und im Polizeipräsidium in der Vahr ansässig sei.

TOP 2: Globalmittelvergabe – 1. Runde 2019

Frau Dr. Mathes stellt eingangs fest, dass der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ (KoA) eine Empfehlung zur Vergabe der Globalmittel ausgesprochen habe, die vorab allen Bei-

³ Der neue Stadtteil-Plan lag allen Beiratsmitgliedern als Tischvorlage vor.

⁴ Der aktuelle Sachverhalt zur geplanten Fernwärmetrasse wurde zuletzt auf der Beiratssitzung am 28.03.2019 vorgestellt, siehe [Protokoll Nr. 37](#) unter TOP 3 sowie die Anlage [Präsentation swb Fernwärmeleitung](#).

ratsmitgliedern zugegangen sei.⁵

Anschließend stellt Herr Dr. Volkmann aus den Empfehlungen des KoA zunächst die Globalmittelanträge Nr. 1 und 2 vor. Diese sind aus Sicht des Beirats unstrittig.

Zum Globalmittelantrag Nr. 3 des Kleingartenvereins Schwachhausen erläutert dessen Vorsitzender Herr Vogt, dass das Kleingartengebiet von der Stadt Bremen und vom Bürgerparkverein gepachtet sei. Damit habe der Verein auch die Verkehrssicherungspflicht für die etwa 25 stattlichen Alleebäume am Schenenkampsweg übernommen. Für diese Aufgabe würden dem Verein aber seitens der Stadt, des Bürgerparkvereins oder des Landesverbandes der Gartenfreunde keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Der Verein selbst verfüge über die notwendigen Mittel jedoch ebenfalls nicht.

Ergänzend weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass Umweltbetrieb Bremen (UBB) als sachlich zuständiger Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen keine Einwände gegen die vom Kleingartenverein geplante Maßnahme erhebe. Ein Baumkataster müsse jedoch nicht angelegt werden, weil die Stadt dies ebenfalls beabsichtige. Weiter zitiert sie aus einem Schreiben von UBB vom 26.04.2019:

„Im Bereich des Schenenkampsweges gehören die Flurstücke und somit auch die Bäume der linken Seite (Richtung Kulenkampffallee) der Stadtgemeinde Bremen. Die rechte Seite ist in Eigentum des Bürgerparkvereines. Nach Verträgen aus den 60-er Jahren ist hier die Pflegezuständigkeit dem Landesverband der Gartenfreunde Bremen übertragen, der wiederum an seinen Unterpächter übertragen hat. Somit hat der Kleingärtnerverein Schwachhausen e.V. die Pflegezuständigkeit. Da die Verträge sehr alt sind, kommt die Begrifflichkeit 'Verkehrssicherheit' natürlich nicht vor. Gleicher oder ähnlicher Vertrag ist meines Wissens zwischen Bürgerparkverein und dem Kleingärtnerverein geschlossen.“

Der Beirat verständigt sich auf Vorschlag von Herrn Heck einstimmig bei einer Enthaltung darauf, einmalig Mittel in der beantragten Höhe zur Verfügung zu stellen. Der Verein werde gebeten, sich mit dem Landesverband und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) ins Benehmen zu setzen, um die nötigen finanziellen Mittel zukünftig anderweitig zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ein Kataster sei nicht anzulegen.

Anschließend stellt Herr Dr. Volkmann die Globalmittelanträge 4 bis 7 vor, die vom Beirat ebenfalls als unstrittig angesehen werden. Für Globalmittelantrag Nr. 8 des Elternvereins „The Toddlers e.V.“ habe der KoA vorgeschlagen, diesen in der 2. Runde nochmals zu beraten und hierzu weitere Informationen des Elternvereins einzuholen.

In diesem Fall weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass der Beirat in der Vergangenheit Elternvereinen immer € 3.000 für die Erneuerung von Kücheneinrichtungen zugesprochen habe. Sie schlage vor, hier ebenso zu verfahren.

Der Beirat folgt diesem Vorschlag und spricht sich bei Globalmittelantrag Nr. 8 mit elf Ja- und einer Nein-Stimme bei zwei Enthaltungen für die Vergabe von Globalmitteln in Höhe von €3.000 aus.

Herr Dr. Volkmann setzt seinen Bericht fort und stellt die Globalmittelanträge 9 bis 12 vor. Der KoA empfehle, Globalmittelantrag Nr. 11 vom Fachausschuss „Integration, Soziales und Kultur“ abschließend beraten zu lassen. Die anderen Anträge sieht der Beirat ebenfalls als unstrittig an.

Bei Globalmittelantrag Nr. 13 (Focke-Museum) sichern Frau Baasen und Frau Dr. Mathes auf die Nachfrage von Herrn Heck zu, dass dem Beirat zum nächsten Globalmittelantrag 2020 auch eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben zum diesjährigen Fockes Fest vorgelegt werde.

Der Beirat spricht sich mit zwölf Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen für den Vergabe-Vorschlag des KoA aus.

Abschließend stellt Herr Dr. Volkmann die Globalmittelanträge Nr. 14 bis 18 vor, die der Beirat auch als unstrittig ansieht.

Im Folgenden weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass ein weiterer Globalmittelantrag kurzfristig

⁵ Die Liste der beschlossenen Globalmittelanträge ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

eingegangen sei. Der Fachausschuss „Integration, Soziales und Kultur“ habe sich auf Bitte des Beirats in seiner Sitzung am 06.02.2019 mit dem Aufenthalt wohnungsloser Personen im Nelson-Mandela-Park auseinandergesetzt. Der Fachausschuss habe sich dabei dafür ausgesprochen, für diesen Personenkreis einen Aufenthaltsort im Park vorzusehen, und dabei in Aussicht gestellt, dies auch mit Globalmitteln zu unterstützen. Hierzu habe ein Ortstermin mit Umweltbetrieb Bremen (UBB) als Eigentümerin der Parkanlage sowie Vertreter*innen des Senators für Inneres, der Senatorin für Soziales, dem Verein Innere Mission, Mitgliedern des Fachausschusses und Anwohner*innen stattgefunden. Dabei sei ein Standort für die Aufstellung von fünf Bänken im Randbereich des Parks zur ÖVB-Arena festgelegt worden. Hierfür habe UBB Gesamtkosten von € 9.042 ermittelt; für € 2.000 werde eine Unterstützung durch Globalmittel beantragt. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Volkmann unterstreicht Frau Dr. Mathes, dass die Bänke tatsächlich in einer Randlage weitab von Anwohner*innen errichtet werden sollen.

Der Beirat spricht sich mit zehn Ja- und einer Nein-Stimme bei drei Enthaltungen für die beantragte Vergabe von € 2.000 für dieses Vorhaben aus. Zuletzt befürwortet der Beirat einstimmig die vom KoA vorgelegten Empfehlungen mit den vom Beirat vorgenommenen Ergänzungen.

TOP 3: Antrag: Modellversuch zum aufgesetzten Parken umsetzen

Frau Dr. Mathes berichtet eingangs, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag angekündigt worden sei, aber bislang nicht schriftlich vorliege.⁶ Hingegen liege ein Bürgerantrag von Bernd Thomsen vor, der sich auf den Beschluss des Beirats aus dessen Sitzung am 28.02.2019 beziehe.⁷ Von Seiten des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) sei eine Zwischen- nachricht zum Beschluss des Beirats eingegangen.⁸ Frau Dr. Mathes zitiert aus diesem Schreiben:

„Ob ein Modellversuch, so wie von Ihnen vorgeschlagen, durchgeführt werden kann, werden wir prüfen.

Gemäß der Verwaltungsvorschrift (...) darf das Parken auf Gehwegen nur zugelassen werden, wenn genügend Platz für den unbehinderten Verkehr von Fußgängern gegebenenfalls mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrern auch im Begegnungsverkehr bleibt. Hierfür ergibt sich aus der Richtlinie für die Anlage von Straßen eine Regelbreite des Seitenraums von 2,50 Metern.

Erfolg und Misserfolg von Parkregelungen stehen immer in Abhängigkeit mit der leistbaren Überwachung. Diese muss sichergestellt werden.

Ich bitte um Verständnis, dass diese Abstimmungen noch etwas Zeit in Anspruch nehmen werden.“

Auf Nachfrage von Herrn Pastoor weist Herr Heck darauf hin, dass die von Rechtsanwalt Kulenkampff zu diesem Sachverhalt vorgelegte Stellungnahme bereits SUBV vorliege.

Auf Vorschlag von Herrn Pastoor spricht sich der Beirat einstimmig dafür aus, SUBV diese Stellungnahme offiziell zur Verfügung zu stellen und darum zu bitten, diese bei der weiteren Prüfung des Beiratsbeschlusses einzubeziehen.

Frau Eickelberg schlägt vor, den eingereichten Bürgerantrag zu beraten und ansonsten den Sachverhalt bis zu einer abschließenden Stellungnahme von SUBV zurückzustellen.

Diesem Vorschlag schließt sich der Beirat einhellig an.

Anschließend bittet Frau Dr. Mathes Herrn Thomsen, seinen Bürgerantrag vorzustellen. Dabei stellt sich heraus, dass Herr Thomsen zu dem vom Beirat beabsichtigten Modellversuch lediglich eine Stellungnahme abgeben wollte, der Bürgerantrag beziehe sich hingegen auf die Parksituation in der Crüsemannallee.

Daraufhin verständigt sich der Beirat, den Bürgerantrag von Herrn Thomsen in den Fachausschuss „Verkehr“ zu überweisen.

Frau Eickelberg bittet die anwesenden Vertreter der Polizei, Herrn Riechmann und Herrn Feld

⁶ Zum Verständnis der bisherigen Beiratsdiskussion ist verwiesen auf das Protokoll der Beiratssitzung am 28.02.2019, siehe [Protokoll Nr. 36](#) unter TOP 2, sowie die dortigen Anlagen [SUBV zum Parkraumgutachten](#) und [Stellungnahme des Landesbehindertenbeauftragten zum Parkraumgutachten](#).

⁷ Der Bürgerantrag von Bernd Thomsen ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁸ Die „Zwischennachricht“ vom 04.04.2019 aus dem Haus des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

mann, den von Herrn Thomsen geschilderten Missstand, dass geparkte Fahrzeuge die barrierefreien Zugänge zur Straßenbahnhaltestelle Busestraße behinderten, zu überprüfen.

TOP 4: Rechtliche Beratungsanfrage zur Vergabe der Mittel für Kinder- und Jugendförderung

Frau Dr. Mathes erläutert den vorliegenden Antrag, der im KoA bereits einstimmige Zustimmung gefunden habe.⁹ Der Beirat habe in seiner Sitzung am 13.12.2018 beschlossen, € 2.000 aus seinem Integrationsbudget 2019 dem Stadtteil Vahr zur Verfügung zu stellen.¹⁰ Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (SJFIS) habe am 24.01.2019 hierauf u.a. geantwortet:

„Für Entscheidungen über den Einsatz der den Stadtteilen zugeteilten Mittel liegt die Zuständigkeit gemäß Beschluss zum Rahmenkonzept offene Jugendarbeit bei den jeweiligen Controllingausschüssen der Stadtteile.“

Dieser Einzelfall sei inzwischen gelöst worden, jedoch bestehe die Haltung von SJFIS fort. Sie widerspreche nach Auffassung des Beirats der Festlegung in § 10 („Entscheidungs- und Zustimmungsrechte des Beirats“) Abs. 2 ´des Beirätegesetzes, nach der der Beirat im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle über die Planungen für die Mittel der Kinder- und Jugendförderung entscheide. Sie widerspreche auch einer Stellungnahme der ehemaligen Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales vom 01.09.2009, in der diese dem Jugendhilfeausschuss das Einigungsverfahren zwischen dem Beirat und der zuständigen Stelle dargelegt habe, sollte der Beirat einem Vorschlag des Controllingausschusses nicht folgen:

„1. Sollte ein Beirat den vorgelegten Planungen des AfSD seine Zustimmung verweigern, ist der Vorgang zunächst von der für die Kinder- und Jugendförderung zuständigen Stelle, also dem Jugendhilfeausschuss, zu prüfen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat dazu dem Jugendhilfeausschuss sowohl die vom Sozialzentrum des AfSD vorgelegte Planung des Controllingausschusses als auch den begründeten Beschluss des Beirates zur fachlichen Prüfung vorzulegen. Der Vorgang ist in öffentlicher Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu verhandeln. Der Beirat ist zu der Sitzung einzuladen. Folgt der Jugendhilfeausschuss mehrheitlich dem Ansinnen des Beirates, gibt er den Planungsauftrag an die Verwaltung des Jugendamtes mit dem Auftrag zur Überarbeitung zurück. Das überarbeitete Konzept ist dann erneut dem Beirat zur Beratung vorzulegen. Somit wird sichergestellt, dass die Entscheidungskompetenz im Stadtteil und die Gewährleistungsverantwortung beim Jugendamt verbleibt.

2. Widerspricht der Jugendhilfeausschuss dem Beschluss des Beirates, so ist festzustellen, dass kein Einvernehmen zwischen der zuständigen Stelle und dem Beirat erzielt werden kann. In diesem Fall legt die zuständige Stelle gemäß § 11 (1) des Ortsgesetzes die Angelegenheit mit vollständigem Beschluss des Beirates der zuständigen Deputation vor. Diese berät und beschließt innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit, wenn der Beirat dies bei seiner Beschlussfassung beantragt.“

Der Beirat befürwortet den vorliegenden Antrag einstimmig.

TOP 5: Haushaltsantrag zur Personalausstattung der Ortsämter

Frau Dr. Mates stellt einen ebenfalls vom KoA bereits befürworteten Haushaltsantrag zur Personalsituation in den Ortsämtern vor.¹¹ Sie stellt fest, dass die personelle Ausstattung der Ortsämter nicht ausreichend sei und deshalb im Zuge der Beratungen zum städtischen Haushalt 2020/ 21 für eine angemessene Aufstockung des Personalbudgets gesorgt werden müsse.

Der Beirat stimmt dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

TOP 6: Stadtteilbudget

Frau Dr. Mathes berichtet zunächst, dass das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) zum Vorschlag des Fachausschusses „Verkehr“, an der Kreuzung Thomas-Mann-Straße/ Busestraße einen

⁹ Der Antrag ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

¹⁰ Zur Beiratssitzung am 13.12.2018 siehe in [Protokoll Nr. 35](#) (TOP 2) und unter der Anlage [Antrag zum Integrationsbudget](#).

¹¹ Der Antrag ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

Mini-Kreisel einzurichten, Stellung genommen habe.¹² Nach Aussage des ASV sei von Planungskosten von etwa € 75.000 und von Baukosten von etwa € 310.000 auszugehen.

Alle Beiratsfraktionen kommen übereinstimmend zu dem Schluss, dass die dargestellten Kosten unverständlich und deutlich zu hoch seien.

Auf Vorschlag von Herrn Pastor kommt der Beirat überein, das Vorhaben in der neuen Legislaturperiode wieder im Fachausschuss „Verkehr“ aufzurufen.

Frau Chaudhuri regt an, den Sachverhalt mit Blick auf den bestehenden Mini-Kreisel an der Kreuzung Marcusallee/ Nedderland/ Achterdiek weiter zu recherchieren.

Frau Dr. Mathes sichert zu, das weitere Verfahren entsprechend vorzubereiten.

Dann berichtet Frau Dr. Mathes, dass die 13 Parkbuchten in der Parkallee wie vom Beirat beschlossen entsiegelt worden seien.¹³ Kurzfristig habe ein weiterer Ortstermin mit dem ASV und UBB stattgefunden, um zu einer Lösung für die Bepflanzung der entsiegelten Parkbuchten zu kommen. Die Entscheidung sei zugunsten der Einsaat als Blumenwiesen gefallen, die von UBB kurzfristig vorgenommen werden könnte und maximal Kosten von € 2.500 verursachen würde. Ab dem kommenden Jahr werde das ASV auf eigene Kosten die Pflege der ehemaligen Parkbuchten übernehmen.

Der Beirat stellt einstimmig den Betrag von €2.500 aus seinem Stadtteilbudget für die vorgestellte Maßnahme bereit.

TOP 7: Verschiedenes

Frau Eickelberg stellt den Antrag der Grünen zu Fridays for Future vor.¹⁴

Während Herr Dr. Schober den Antrag als unproblematisch ansieht, da er die Schulpflicht nicht außer Kraft setze, wenden sich Herr Dr. Volkmann, Herr Pastoor und Herr Piepho gegen den Antrag. Es sei zu begrüßen, dass sich Jugendliche engagierten, aber nicht zwingend während der Schulzeit. Einen generellen Freibrief für derartige Aktionen und damit eine Verletzung der Schulpflicht dürfe es nicht geben und auf die Möglichkeit, ein Fernbleiben vom Unterricht zu sanktionieren, dürfe ebenfalls nicht verzichtet werden.

Herr Pastoor schlägt eine geänderte Formulierung des Antrags vor, um sich mit dem Engagement der Schüler*innen solidarisch zu zeigen.¹⁵ Frau Eickelberg erklärt sich bereit, den Antrag in der geänderten Fassung zu unterstützen.

Dem nunmehr geänderten Antrag stimmt der Beirat mit neun Ja- und fünf Nein-Stimmen (CDU, FDP) mehrheitlich zu.

Sprecherin

Vorsitzende

Protokoll

Schneider

Dr. Mathes

Berger

¹² Die Mitteilung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) vom 04.04.2019 zur Anlage eines sog. Mini-Kreisels an der Kreuzung Busestraße/ Thomas-Mann-Straße ist als **Anlage 6** diesem Protokoll beigelegt.

¹³ Der Sachverhalt wurde in der Beiratssitzung am 28.02.2019 erörtert, siehe [Protokoll Nr. 36](#) unter TOP 3.

¹⁴ Der Antrag der Grünen ist als **Anlage 7a** diesem Protokoll angelegt.

¹⁵ Die von Herrn Pastoor geänderte Formulierung des Antrags ist als **Anlage 7b** diesem Protokoll angelegt.